

CDU-Fraktion, Lokstedter Weg 24, 20251 Hamburg

An den
Regionalausschuss
Langenhorn/Fuhlsbüttel/
Alsterdorf/Groß-Borstel

14.06.2015

ANTRAG

Tatsächliche Auswirkungen von P&R Gebühren feststellen – Lebensraum erhalten und Gewerbebetriebe schützen!

Basierend auf der Stellungnahme des zuständigen Polizeikommissariat 34, siehe Drucksachen–Nr.: 20-1585, ist festzustellen, dass keine geeigneten Messzahlen vorhanden sind, um objektive Daten zu nutzen und mit diesen beurteilen zu können, ob die Anzahl der im P+R-Parkhaus bzw. im Umfeld der U-Bahnhöfe Langenhorn-Markt, Langenhorn-Nord und Kiwittsmoor abgestellten Fahrzeuge zu einer Zunahme an Dauerparkern vor Gewerbebetrieben und in Wohngebieten führen.

Vor diesem Hintergrund beantragt die CDU-Fraktion, der Regionalausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, sich bei den zuständigen Behörden (u.a. Direktion Polizeikommissariate und Verkehr) dafür einzusetzen, dass

1. die tatsächliche Auswirkung über einen Zeitraum von 3 Monaten ermittelt wird, um beurteilen zu können, wie sich die Situation der abgestellten Fahrzeuge vor und nach der P&R-Gebühreneinführung verändert hat.
2. das Polizeikommissariat 34 umgehend beginnt, die subjektiv wahrgenommene Zunahme von Ausweichparkplätzen in folgenden Straßen mit belastbaren Zahlen zu dokumentieren
 - Neukoppel
 - Willersweg
 - Willerstwiete
 - Immenhöven
 - Laukamp
 - Fibigerstraße
3. Das Ergebnis ist dem Regionalausschuss vorzustellen.

Martina Lütjens

Nizar Müller